

## **Antrag**

**der Abgeordneten Ulrike Flach, Cornelia Pieper, Birgit Homburger, Horst Friedrich (Bayreuth), Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Gutmacher, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Ulrich Irmer, Dr. Heinrich Leonhard Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt am Main), Detlef Parr, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Dr. Irmgard Schwaetzer, Marita Sehn, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.**

### **Zukunftsorientierte Energieforschung – Fusionsforschung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Energieforschungspolitik der Zukunft muss sich an völlig neuen Energiekonzepten orientieren, will sie den Herausforderungen des Weltenergieverbrauchs und der Entwicklung in der Dritten Welt gewachsen sein.

Im Mittelpunkt stehen auf der einen Seite

- die Erhaltung der Energieversorgungssicherheit,
- die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt auch für künftige Generationen,
- die Erhaltung eines angemessenen Energie-Preis-Niveaus,
- die Verringerung der weltweiten energiebedingten Spannungspotentiale angesichts der absehbaren Verknappung der Energieressourcen,

auf der anderen Seite

- der Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien und
- die Weiterführung der Fusionsforschung.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Auf der Grundlage seiner umfangreichen wissenschaftlichen und technischen Kenntnisse in der Fusionsforschung und der vom europäischen Aufsichtsgremium des Projekts „ITER“ am 20. Januar 2000 in Tokio erarbeiteten Empfehlungen beteiligt sich Deutschland an der Entwicklung und dem Bau des modifizierten Internationalen Thermonuklearen Experimentierreaktors (ITER).

2. Deutschland wird sich als Standort für den Internationalen Thermonuklearen Experimentierreaktor (ITER) bewerben, was seiner Rolle und Bedeutung als führende Industrienation in der Welt entspricht.
3. Mit dem nationalen Fusionsforschungsprojekt „WENDELSTEIN 7-X“, dem weltweit größten Fusionsexperiment nach dem Stellarator-Prinzip, verfolgt Deutschland das Ziel, einen auf künftigen Dauerbetrieb ausgelegten Fusionsreaktor zu bauen.
4. Im Haushalt 2001 wird ein ausreichender Ansatz für Fusionsforschung in Deutschland ausgebracht.
5. Die Fusionsforschung ist integraler Bestandteil der Energieforschung in Deutschland, die in ihrer Gesamtheit auf die Lösung globaler Energieprobleme ausgerichtet ist und somit auch die Interessen der Länder der Dritten Welt berücksichtigt.
6. Die Fusionsforschung orientiert sich ausschließlich an der friedlichen Nutzung dieser Energieform.

Berlin, den 4. Juli 2000

**Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**

### **Begründung**

Die Fusionsforschung hat inzwischen ein Stadium erreicht, in dem es wissenschaftlich und technisch möglich ist, mit dem Bau eines Experimentalreaktors, als einer Vorstufe zu einem Fusionskraftwerk, zu beginnen.

Daher muss an der politischen Option Kernfusion für eine zukünftige Energieversorgung festgehalten und die Forschungs- und Entwicklungsprojekte in Deutschland in diesem Bereich erfolgreich durchgeführt werden.

Angesichts der internationalen Konkurrenz ist es sehr wichtig, die deutsche Wissenschaftskompetenz und Technologieführerschaft unter Beweis zu stellen. Eine zukunftsweisende Energieforschungspolitik muss einen Beitrag zur Sicherung des Industrie- und Wirtschaftsstandortes Deutschland leisten. Vor diesem Hintergrund soll sich die zukünftige staatliche geförderte Energieforschung stärker an den neuen Herausforderungen ausrichten.

Die Grundlagenforschung muss in verstärkter Form und in internationaler Kooperation nach neuen Möglichkeiten der Energieerzeugung und der Behandlung und des Verbleibs der Rückstands- und Abfallprodukte des Energiegewinnungsprozesses suchen. Hierzu zählen auf der einen Seite alle Arten der Nutzung regenerativer Energieträger aber auch innovative Kernreaktoren, die entscheidende Maßnahmen zum Schutz der schädlichen Wirkung ionisierender Strahlen außerhalb des abgeschlossenen Gebäudes der Anlagen nicht erforderlich machen.

Die nachhaltige Zurückführung der energiebedingten Emissionen in die Erdatmosphäre kann nur dann erreicht werden, wenn global durch emissionsarme oder -freie Energieträger Potenziale zur Energieeffizienzsteigerung und zur Energieeinsparung verfügbar und wettbewerbsfähig gemacht werden.

Die Forschungseinrichtungen, z. B. in Jülich (KfA), Karlsruhe (FZK), Garching und Greifswald (IPP), bieten die Möglichkeit, bei marktfernen Konzepten von

der Grundlagenforschung bis hin zur Technologieentwicklung interdisziplinär und international neue Wege zu gehen.

Die deutsche Forschung muss neben nationalen Aktivitäten immer stärker in die europäische und internationale Energieforschung integriert werden.

Für den Zeitraum 1999 bis 2002 ist das 5. Rahmenprogramm der Europäischen Union im Bereich der Forschung, der technologischen Entwicklung und Demonstration im Dezember 1998 mit einer Finanzausstattung von rund 15 Mrd. Euro im Forschungsministerrat verabschiedet worden.

Im Vermittlungsverfahren zwischen Rat und Europäischen Parlament wurde am 18. November 1998 eine Einigung auf 14,96 Mrd. Euro erzielt, von denen 13,7 Mrd. Euro auf nicht nukleare Programme, 1,26 Mrd. Euro auf die EURATOM-Programme und 739 Mio. Euro für die gemeinsame Forschungsstelle entfallen. Für die kontrollierte Kernfusion sollen 80,6 % der geplanten Mittel des EURATOM-Programms aufgewandt werden.

Im Rahmen eines spezifischen Programms der europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) für Maßnahmen im Bereich der Forschung und Ausbildung für die Jahre 1998 bis 2002 ist die Leitaktion „Kontrollierte Kernfusion“ eingebunden. In dieser Leitaktion geht man davon aus, dass künftig alle Energiequellen genutzt werden müssen, um bis zum Jahre 2025 die weltweit gestiegene Energienachfrage decken zu können. Mit der Förderung der Fusionsforschung im internationalen Maßstab wird das Ziel verfolgt, einen Reaktorprototyp zu bauen.

Für den Erfolg der Fusionsforschung ist von Bedeutung, ob eine weltweite Zusammenarbeit für den Bau des ersten Versuchsreaktors, ITER, zwischen der Europäischen Union, Japan, Russland und ggf. Kanada vereinbart werden kann. Diese Entscheidung soll im Jahr 2001 getroffen werden.

Derzeit werden durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung nationale Forschungen auf dem Gebiet der Plasmaphysik gefördert. Dabei wird der Weg beschritten, die zwei wesentlichen Konfigurationsarten von Fusionsforschungsreaktoren, dem TOKAMAK und dem STELLARATOR, zu optimieren. Förderungsempfänger sind das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik und die Forschungszentren Jülich sowie Karlsruhe als Mitglieder der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF).

Gefördert wird ausschließlich die Grundlagenforschung in Höhe von 100 % der entstehenden Kosten (gemäß Assoziationsvertrag mit EURATOM, institutionelle Förderung nach Artikel 91b Grundgesetz).

